

Köhler: Mund-Nasenschutz nur für Foto abgenommen

Main-Echo 28.05.2020

CAP-Markt: »Masken-Affäre« schlägt Wellen im Kleinwallstädter Marktgemeinderat – Kritik an Pressebericht, Landwehr-Büttner verteidigt sich

KLEINWALLSTADT. Die Irritationen um den Ablauf des Eröffnungstermins des CAP-Markts in Kleinwallstadt am 14. Mai waren am Montag Thema in der Sitzung des Marktgemeinderats. Auf dem hierzu erschienenen Pressefoto sind Bürgermeister Thomas Köhler (CSU), sein Stellvertreter Ludwig Seuffert (FWG) und Lebenshilfe-Vorsitzender Reinfried Galmbacher ohne Mund-Nasenschutz zu sehen, was unter anderem das grüne Ratsmitglied Peter Landwehr-Büttner scharf kritisiert hat.

Bürgermeister Köhler betonte in der Sitzung, das besagte Foto sei bei einem Treffen im allerkleinsten Kreis am Vorabend der Eröffnung entstanden. An diesem Abend habe somit noch keinerlei Geschäftsbetrieb stattgefunden.

»Unsinn«

Köhler widersprach der Auffassung Landwehr-Büttners, hier habe ein Verstoß gegen die Maskenpflicht vorgelegen, weshalb Lebenshilfe und Anwesende saftige Bußgelder zahlen müssten (»Grüner Rat: Verstoß gegen Maskenpflicht«, Ausgabe 19. Mai). Dabei sei bei stetiger Einhaltung des Sicherheitsabstands von einigen Personen lediglich zum Pressefoto die Maske abgenommen



Da hatten sie die Masken noch auf: Reinfried Galmbacher (Lebenshilfe), stellvertretender Bürgermeister Ludwig Seuffert und Bürgermeister Thomas Köhler (von links) nahmen den Mund-Nasenschutz nur fürs offizielle Pressefoto kurz ab. Foto: Christel Ney

worden. Dass nun in der Presse der Ausdruck »beschämend« zu lesen war, treffe allenfalls auf das Main-Echo zu, denn »durch einfache Nachfrage bei der Presse-Mitarbeiterin »wäre dieser Unsinn aufzuklären gewesen«, so Köhler.

Für Jürgen Kroth (SPD) war besagter Artikel »ein Schlag ins Gesicht«. Statt Willkommensgruß und -geschenk habe Landwehr-Büttner nur eine Androhung von Bußgeldern übrig. Auch ein mit Landwehr-Büttner befreundeter Kleinwallstädter Bürger, der schon seit Jahrzehnten in Berlin wohnt, bemängelte in einem Leserbrief den Mund-Nasenschutz. Im Übrigen sei es eine Schande, dass der Geschäftsführer der Lebenshilfe

sich gegen solche Anschuldigungen rechtfertigen müsse.

Für die FWG sprach der stellvertretende Bürgermeister Ludwig Seuffert davon, dass man mit vollem Einsatz darum gekämpft habe, wieder einen Lebensmittelmarkt zu bekommen. Nach vielen Rückschlägen und immer wieder neuen Ansätzen sei ein Leuchtturmprojekt realisiert worden.

»Denunzierung«

Um so beschämender sei es, dass ein »grüner Rat aus Kleinwallstadt« nach der Eröffnung öffentlich von der Lebenshilfe ein Bußgeld von 5000 Euro fordere. Auch Seuffert hinterfragte »den Wert und das Journalismusverständnis

einer Zeitung«, die quasi einen Leserbrief als offiziellen Artikel abdrucke, ohne den Hintergrund zu recherchieren, was ihr in diesem Fall denkbar einfach gewesen wäre, da diese »Denunzierung« ja auf einem eigenen Artikel beruhe.

Nun müsse er, Seuffert, sich vorwerfen, im nicht öffentlichen Bereich für einige Sekunden seine Schutzmaske abgenommen zu haben. Die Größe »dieses Verbrechens« könne jeder für sich bewerten. Er spende der Lebenshilfe 150 Euro und entschuldige sich damit »für die beschämende Denunzierung des grünen Rates aus Kleinwallstadt«.

»Majestätsbeleidigung«

Peter Landwehr-Büttner verteidigte sich, dass die Verantwortlichen eines Inklusionsbetriebes wissen müssten, dass ein Mundschutzes getragen werden müsse, »ob öffentlicher Publikumsverkehr oder nicht«. Das sei Fakt und klar für ihn, dass diese »Majestätsbeleidigung« hohe Wellen schlage. Er habe dem Lebenshilfe-Geschäftsführer einen Brief geschrieben. Darin bringe er seine Freude zum Ausdruck über den neuen CAP-Markt. Er sei dem Thema Inklusion schon seit seiner

Jugend verbunden. Bürgermeister Köhler schloss sich der Idee von Seuffert an und unterstütze die Lebenshilfe mit einer Spende sowie einer persönlichen Mitgliedschaft. *ney*

ZWISCHENRUF

Merkwürdiges Rechtsempfinden

Als ausreichend Abstand eingehalten war, wurden wie bei vielen anderen Situationen die Masken abgenommen, das Foto gemacht und die Masken wieder angelegt. Einen regulären Geschäftsbetrieb gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Weshalb also wird hier nach drakonischen Strafen für die Teilnehmer und den Betreiber des Marktes verlangt, ohne irgendeine Ahnung von den Hintergründen und den genauen Vorschriften zu haben? Sollen jetzt Mandatsträger darüber entscheiden dürfen, was ein Vergehen ist und wie es zu bestrafen ist? Sollten die Betroffenen nicht einmal gehört werden? Ein merkwürdiges Demokratieverständnis und Rechtsempfinden eines Lokalpolitikers der Grünen. *ney*